

# Danziger Zeitung.

No 9653.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Retherhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspaltel oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die Danziger Zeitung für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro II. Quartal 1876 5 Mk.; für Danzig inclusive Bringerlohn 5 Mk. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 Mk. 50 Pf. pro Quartal:

Retherhagergasse No. 4 in der Expedition, Alstädtergraben No. 108 bei Hrn. Gustav Hennig,  
2. Damm No. 14 bei Hrn. S. Abel (Firma Joh. Wiens Nachfolger),  
Fischmarkt No. 26 bei Hrn. C. Schwinkowski,  
Langgasse No. 85 bei Hrn. Alb. Feichgräber,  
Langenmarkt No. 26 bei Hrn. R. Martens,  
Langgarten No. 8 bei Hrn. Bräutigam,  
Kengarten No. 22 bei Hrn. Löws,  
Paradiesgasse No. 18 bei Hrn. Bäckermeister  
Troschener,  
Foggenpohl No. 32 im „Tannenbaum“.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 24. März. Das Herrenhaus genehmigte in längerer Berathung den Staatshaushaltsetat und das Staatsgesetz unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und erledigte den Bericht über die Beständenaufweisung für den Kreis- und Provinzialfonds, wobei der Finanzminister Camphausen den Sachverhalt näher darlegte und auf die Sicherheit für die Anlegung der verwendeten Papiere hinwies; er sprach die Hoffnung aus, daß sich von Tag zu Tag die Erledigung der ganzen Angelegenheit mehr nähert.

Berlin, 24. März. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen Erlaß des Kaisers an den Reichstag, worin er für die bei der Säcularfeier der Königin Luise und an seinem diesjährigen Geburtstag von nah und fern in größter Anzahl zugegangenen Glückwünsche, Widmungen und Beweigungen seinen Dank öffentlich ausdrückt.

## Das Kirchenverfassungsgesetz im Abgeordnetenhaus. III.\*

Aus Westpreußen, 22. März.  
Es ist immerhin möglich, daß noch in der vierten Lesung des Kirchenverfassungsgesetzes von irgend einer Seite her der feste Grund und Boden wird bezeichnet werden, auf welcher Regierung und Gesetzgebung das Verhältnis von Staat und Kirche in sachgemäßer Weise zu ordnen haben. Aber, wie dem auch sei, wir an unserem Theile haben über diese in das innerste Leben der Nation so tief eingreifende Frage hier nur noch unsere eigene Ansicht auszusprechen, klar und bündig, so weit wir es vermögen.

Wie wir schon früher erklärten, sind wir durchaus der Wehrenpfennig'schen Ansicht, daß unter allen durch und für gemeinsame menschliche Thätigkeit erzeugten Organisationen der Staat die einzige ist, welche bald ordnend, bald schützend, bald fördernd, das ganze Leben eines Volkes in allen seinen Momenten umfaßt. Der Staat, wie Wehren-

pfennig treffend sich ausdrückt, der Staat mit seinen Schulen und Universitäten, mit der Wissenschaft, Literatur und Kunst, die unter seiner Förderung gedeihen, mit der sittlichen Ordnung, die er erzeugt und trägt, mit dem nicht bloß materiellen sondern auch geistigen Verkehr seiner Bürger, mit den nationalen Pflichten, die er auferlegt und bis zur Eingabe der eigenen Existenz zu erfüllen lehrt. — Dieser Staat in seiner Alles umfassenden, seiner sittlichen Natur ist eine höhere und reichere Organisation als die Kirche.

Doch reicht das Wort „höhere Organisation“ nicht aus, um den verschiedenartigen Werth von Staat und Kirche voll und ganz zu bezeichnen. Der Staat — selbstverständlich, so weit er seiner Idee, d. h. seinem innersten eigenen Wesen in der realen Erscheinung wirklich entspricht — ist, wie Wehrenpfennig weiter sagt, die Totalität des Nationallebens oder, noch kürzer gesagt, er ist das Nationalleben selbst. Darin liegt schon, daß der Staat nicht als ein Mittel für einen außerhalb seiner selbst liegenden oder, schärfer gesagt, für einen Zweck vorgestellt werden darf, der nicht zugleich er selber ist, auch nicht — man verstehe uns nur richtig — für die Zwecke derjenigen Individuen, durch welche und in welchen er allerdings allein existirt. Denn so weit diese Individuen wirklich Staatsbürger, wirklich sittliche Individuen sind, sind sie mit dem Staate, d. h. — wir wiederholen es — mit dem seiner Idee entsprechenden Staate, und der Staat mit ihnen so untrennbar in einander verwachsen, daß ihre Zwecke zugleich die des Staates und seine Zwecke zugleich die ihrigen sind. Mit Einem Worte: der Staat ist nur sich selbst Zweck.

Die Kirche dagegen ist nicht sich selbst Zweck. Sie versucht nur da es zu sein, wo sie im Zustande der Entartung sich befindet, oder doch in solchen Zeiten, in denen sie das verlorene Bewußtsein ihres wahren Wesens noch nicht wieder zu finden versteht. Es ist die Aufgabe unserer Zeit, zumal des deutschen Volkes und seines Staates, ihr zur vollen Wiedererlangung dieses Verständnisses mit aller Kraft zu verhelfen.

Die Kirche ist nicht um ihrer selbst, sie ist nur da um eines Anderen, unendlich Höheren willen. Dieses Höhere ist die Religion, die durch sich selbst ist, was sie ist, und die daher unter Umständen auch wohl der Dienste der Kirche entbehren kann. Wenn nun die Kirche den Zwecken der Religion in Wahrheit dient, so dient sie gleichzeitig auch den Zwecken des Staates. Denn wo beide, Staat und Religion, das sind, was sie sein sollen, da bilden sie auch beide ein untrennbares Ganze, denn da ist die Religion schlechthin nichts Anderes, als die den Individuen imwohnende sittliche Gefinnung, in der ja allein der Ursprung und die Kraft aller sittlichen Thätigkeit des privaten wie auch des öffentlichen Lebens beschlossen liegt.

So haben in der ersten Periode der Völkergeschichte, in der noch naiven Jugendzeit unseres Geschlechtes, sich die Menschen mit ihrem Staate auch in religiöser Beziehung so unmittelbar Eins gewußt, daß das, was wir Kirche nennen, noch gar nicht, nicht einmal in seinen Anfängen, zur Erscheinung kam. Erst in die Zeiten des Bruches mit der alten, urwälderischen, naturwüchsigen Sittlichkeit, in die Zeit, wo die entarteten Zustände des socialen wie des politischen Lebens den beherrschten Klassen eine schwere Plage, den besseren Elementen des Volksgeistes ein unerträglicher Gräuel geworden waren, erst damals kam es zur Bildung von besonderen religiösen Genossenschaften neben

der treuerhigen Bitte zu übersenden, er möchte für sein schmuckloses Gotteshaus doch ein recht schönes Madonnenbild anfertigen. Dieser, gerührt durch die wahrheitsgetreue Schilderung des Pfarrers, welcher nicht verabamt hatte zugleich auf das hohe Alter und die ehemalige Bedeutung seines Dorfes hinzuweisen, sagte zu — und so entstand eine Madonna, auf deren Zügen überirdische Freude und ahnende Schmerz, göttliche Erhabenheit und tiefste Demuth in seltener Mischung sich malen. Ueber das Ganze ist ein so wunderbarer Schmuck gegossen, daß der berühmte Künstler selbst es für eines seiner gelungensten Werke erklärt hat und daselbe, bevor es an seinen Bestimmungsort gelangte, auf mehreren Ausstellungen figurirte. Auch der Laie erkennt auf den ersten Blick, daß er sich einem Meisterwerke gegenüber befindet.

Dieses Dorf Althausen verbandt seinen Namen dem Umstande, daß hier nächst Thorn das älteste Ordenshaus gegründet ward, bestimmt, den Wiederaufbau der heidnisch-polnischen Feste Culm zu übernehmen; als wenige Jahre darauf im Anschlusse an die retrahirte Stadt ein neues Ordenshaus entstanden war, nannte man jenes erstere das alte Haus. Trotz seiner Abgelegenheit hat dieser kleine Ort eine inhaltsreichere und interessantere Geschichte aufzuweisen, als manches Ländchen, welches heute mit einem mehrfachen Eisenbahnzuge umgarnt ist. Mögen einige Züge aus der neueren Zeit hier ihre Stelle finden.

Nachdem Althausen bis zum Ende der Ordensherrschaft in Westpreußen Conthure und Domäne gewesen war, ging es in den Besitz des polnischen Königs über, welcher einen Starosten hierher schickte, um dieses herrliche Tafelgut zu verwahren, welches damals ebenso wie auch heute noch als der fruchtbarste Fleck in dem ganzen schon ohnehin gesegneten Weizenlande galt. Der dem Polen unverständliche Name Althaus wurde in

den staatlichen Institutionen, ja gänzlich von ihm gelöst und zum Theil in schärfster Opposition gegen sie. Vor Allen ist es die Zeit, in welcher, zuerst in aller Stille, dann mächtig und immer mächtiger vordringend, die gewaltigste Revolution begann, die der Geist des Menschengeschlechtes bisher noch aus sich selbst erzeugt hat. Es ist die Zeit des entstehenden Christenthums.

Weit entfernt, hier alle die schiefen und zum Theil ganz verkehrten Auffassungen kritisiren oder auch nur aufzählen zu wollen, wie sie immer noch, bald zur Verherrlichung, bald zur Herabsetzung, bald nur zu angeblich unparteiischer Würdigung der christlichen Religion vorgebracht worden, versuchen wir nur, eine einzige unter allen diesen falschen Behauptungen ein für allemal zurückzuweisen. Es ist die, daß die christliche Religion, gerade in ihren ersten und ursprünglichsten Principien, den Menschen gleichgültig machen gegen die Interessen des Staates, wie gegen die staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte, und daher auch unfähig, dieselben in der rechten Weise zu vertreten und zu üben. Gerade das Umgekehrte ist der Fall. Das Christenthum trat zu einer Zeit in die Welt, wo es wahrlich keiner besonderen Propaganda bedurfte, um die Menschen erst noch gegen die staatlichen Interessen gleichgültig und sogar die staatlichen Pflichten ihnen verhaßt zu machen. Es war eine Zeit, in der von einer staatsbürgerlichen Gefinnung und ebenso von einem sittlichen Inhalte und von sittlichen Zwecken der Staatsthätigkeit kaum noch einige dürftige Spuren vorhanden waren. Die Menschen waren so tief, wie nur irgend denkbar, von der hohen Gefinnung der früheren Jahrhunderte herabgesunken, in denen die Praxis und die Wissenschaft des klassischen Alterthums jene unsterbliche Wahrheit erzeugten, daß der vollkommene Staat nur der ist, dessen Bürger nach vernünftigen Gesetzen sich selbst regiert. Erst die moderne Zeit, das ist die Zeit, welche der Luther'schen Reformation gefolgt ist, hat diese Wahrheit aufs Neue erkannt, und es ist unsere, oft schwere, oft schmerzreiche und doch uns so tief beglückende, so freudvolle Arbeit, dieselbe nach allen Richtungen hin auch zu einer Wirklichkeit zu machen. Daß wir, aber wenn auch erst nach so außerordentlich langer Zeit, doch wieder zu solcher Erkenntnis und zur praktischen Lösung so gewaltiger Aufgaben uns zu erheben vermögen, dazu ist der Keim der langsam aber sicher und unwiderstehlich wachsenden Kraft gerade durch das Christenthum in das Herz und in die Seele der Menschen gelegt worden. Doch hören wir darüber nicht die Stimme eines deutschen Geschichtsphilosophen, hören wir nur das schlichte aber haarscharf in das Schwarze treffende Wort eines geistvollen Franzosen oder Belgiens, des Herrn Emil de Laveleye, der zu Anfang des vorigen Jahres in der „Revue de Belgique“ die Worte schrieb: „Das Christenthum lenkte zwar die Menschen von irdischen Interessen ab und trieb sie nicht an, ihre Rechte als Bürger in Anspruch zu nehmen. Aber indem es ihre Sitten läuterte und erhob, indem es das Gewissen weckte und die Selbstsucht verbannte, befähigte es sie, sich selbst zu regieren.“ Daß diese Fähigkeit an die anderthalb Jahrtausende lang so wenig und in den letzten Jahrhunderten fast nur unter den germanisch-protestantischen, nicht aber unter den romanisch-katholischen Völkern zu wirklich erfolgreicher That geworden ist, das schreibt der selbst in der katholischen Kirche erzogene Mann dem feindlichen

Gegensatz zu, in welchen die Herrschaft des katholischen Clerus zu der staatlichen Freiheit, zu der weltlichen Wissenschaft und zu der freien Selbstbestimmung des Individuums nach seiner eigenen Ueberzeugung und seinem eigenen Gewissen sich gesetzt hat. Die dauernden Erfolge dagegen, welche die protestantischen Völker nach und nach auf dem Gebiete der staatlichen Freiheit und der politischen Macht gewonnen haben, betrachtet er vor allen Dingen als die nothwendige Wirkung der freien (allerdings nicht der sogenannten orthodoxen) Grundsätze und Lehren des Protestantismus. Die Väter des Protestantismus haben, so sagte er — und das heben wir besonders hervor, ohne freilich den Ausdruck „Zaubermittel“ anders als nur bedingungsweise uns aneignen zu wollen — sie haben „gegenüber den Zaubermitteln der Sacramente das Heil gepredigt, das aus dem Gewissen quillt“.

Das Heil, das aus dem Gewissen quillt, und das nicht bloß das Heil des Individuums, sondern auch das Heil der gesamten Nation ist, dieses Heil mit allen unseren Kräften zu erringen, das predigt uns die ganze Geschichte unseres Staates und unseres Volkes. Daß es auch in den Schulen gepredigt werde, dafür zu sorgen, betrachten und behandeln unsere Regierung und unsere Gesetzgeber glücklicher Weise ganz entschieden als die Sache gerade der staatlichen Obrigkeit. Aber dafür, daß in den Kirchen dasselbe gesehe, dafür, daß die geistlichen Vorsteher der Kirchengemeinden nicht mehr in dem Maße diese Pflicht veräumen, wie die große Mehrzahl derselben es bisher gethan hat: dafür soll nach dem Willen der Regierung nicht eine in den Organismus des Staates eingefügte, sondern eine sehr künstlich construierte kirchliche Obrigkeit sorgen, eine Obrigkeit, in deren Hand es gelegt sein wird, für die Predigt „des Heiles, das aus dem Gewissen quillt“, mit derselben Gewissenhaftigkeit zu sorgen, wie die katholischen Bischöfe es thun und thun werden, auch wenn sie möglicher Weise den Mäusen sich noch unterwerfen sollten. Und dazu, so scheint es noch immer, will die Majorität des Abgeordnetenhauses ihre Zustimmung geben.

Doch davon und von den näheren Bestimmungen, die etwa noch zu erörtern sind, in einem Schlussartikeln.

## Deutschland.

N. Berlin, 23. März. Die bekannten westphälischen Petitionen wegen des Religions-Unterrichts in den katholischen Volksschulen sind von der Petitions-Commission des Herrenhauses berathen worden und dieselbe hat einstimmig den Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen beschlossen. Der von dem Generalstaatsanwalt Weber erstattete Bericht bemerkt zunächst zu der Ausführung der Petenten, daß die katholischen Eltern ein heiliges, nicht erst von Staatswegen ihnen zugesprochenes Anrecht darauf hätten, zu verlangen, „daß ihren Kindern der römisch-katholische Glaube nach seinem ganzen Inhalte und Umfang durch die katholische Volksschule vermittelt werde.“ Diese Ausführung eines Anrechts auf eine katholische Volksschule, wobei das Wort „katholische“ groß gedruckt ist, deutet an, daß für den gesammten Unterricht eine confessionell getrennte Volksschule in Anspruch genommen wird. Eine Zusicherung confessionell getrennter Volksschulen ist weder in der Verfassungsurkunde, noch in sonstigen Gesetzen enthalten. Durch die Bestimmung, daß bei der Errichtung öffentlicher Volksschulen auf die

gute Einvernehmen mit ihren Vorgesetzten, welche in der Althausener, der heutigen Amtsniederung, keine anderen als die Culmer Bischöfe selbst waren, aufrecht zu erhalten wußten, ja ihnen sogar die größte Anerkennung abgewannen. Ein interessantes Stück Culturgeschichte! Protestantische Unterthanen unter dem Schutze eines katholischen Bischofes in einem Lande, welches an Intoleranz bald Alles überbot, rings umgeben von einer fanatischen, zum Aberglauben und zur Idolatrie stark hinneigenden Bevölkerung, welcher für diesen kleinen deutschen Industriestaat jedes Verständnis fehlte, in der nächsten Beziehung zu einer Stadt, die sich so gerne die urbs catholicaissima nennen ließ. Und dabei nicht bloß geduldet, sondern gerne gesehen, ja fast unentbehrlich. Nun freilich hatten die Culmer Bischöfe auch alle Veranlassung diese ihre Unterthanen auf jede Art zu schützen und ihnen bei Ueberschwemmungen und sonstigen Unglücksfällen entgegenzukommen; bildeten sie ja doch des Bischofs namhaftesten Einnahmen! — Sie hatten oft genug auch auf den benachbarten Gütern, wenn es Noth that, hilfreiche Hand geleistet und manche drückende Last namentlich an Einquartierungen opferwillig übernommen. Aber trotz der Ergebenheit auf der einen und der Herablassung auf der anderen Seite und des scheinbaren Einklanges zwischen beiden läßt sich doch ein schriller Nist nicht verkennen, welcher sich in das Verhältniß zwischen der Herrschaft und den Unterthanen hineindrängt und mit wachsender Intoleranz zunimmt. Zwei Jahrhunderte bilden eine Kette von Widersprüchen von Güte und Härte, von Leutseligkeit und abstoßender Behandlung, so daß wirklich das Naturell und das oppositionelle Phlegma eines Bewohners der norddeutschen Tiefebene dazu gehörte, um selbst die am schärfsten zugespitzten bischöflichen Verordnungen abzustumpfen und von sich abgleiten zu lassen. Denn es konnte ja doch nicht

## Westpreussische Skizzen.

### 4. Althausen.

Selten verläßt ein Fremder unsere an Kunstschätzen und Alterthümern so überreiche Stadt Danzig, ohne das berühmte Gemälde vom jüngsten Gerichte in Augenschein genommen zu haben; denn wie einerseits ein solches Kleinod zum Ruhme der Stadt beiträgt, in deren Besitz es sich befindet, so wird es andererseits auch wiederum selbst durch den Platz, welchen man ihm angewiesen, und das Ansehen seiner Besitzer geadelt. Ganz anders solche Kunstwerke, welche sich an entlegener Stelle befinden, auf denen nur selten das Auge eines Kunstkenner weilt! Mit einem gewissen Mißtrauen nehmen wir die Mittheilung von dem Vorhandensein derselben und ihrem Werthe entgegen.

Von der Chaussee entfernt und durch die Weichsel abgeschnitten liegt das Dorf Althausen am steilen Abhange eines Hügel; das einsame Kirchlein blickt so verlassen und traurig auf die Hüten am Fuße der Berge nieder, fast beständig umkreist von den Winden, welche den trüben Wasserspiegel des Stromes kräuseln, daß wohl Niemandem der Gedanke kommt, es könnte hier auch ein Kleinod verborgen sein, welches uns für die Mühe eines Besuches entschädigte. Das hieselbst befindliche Marienbild ist aber nicht ein Kunstwerk von unbekannter Hand oder aus fernen Jahrhunderten, sondern erst wenige Decennien alt; nicht der Wohlhabenheit oder dem Kunstsinne ihrer Gemeindeglieder verdankt die Kirche ihren Schatz, sondern den warmen und beredten Worten eines ihrer früheren Ortsgeistlichen, welcher unter seiner armen Dorfgemeinde kleine Scherlein zur Ausschmückung eines Altars gesammelt hatte und Naivetät genug besaß, um dieses kaum zu nennende Honorar dem damaligen Director der Düsseldorf Maler-Akademie, Schadow, mit



confeffionellen Verhältniffe möglichft möglichft ge-  
messen werden soll, ist die Frage wegen confeffioneller  
Trennung der Volksschulen jedenfalls un-  
entschieden gelassen. Ob eine so weit gehende Be-  
rückfichtigung der Confeffionen zweckmäßig und  
ausführbar ist, bleibt vorläufig dem Ermessen der  
Staatsbehörde überlassen, der die Errichtung der  
Volksschule obliegt. Nur in Beziehung auf den  
religiösen Unterricht enthält Art. 24 der Ver-  
fassungsurkunde die mehr bestimmte Vorschrift,  
daß die betreffenden Religionsgesellschaften denselben  
leiten sollen. Gerade diese Unterscheidung zwi-  
schen dem religiösen und dem sonstigen Unterricht  
in der Volksschule läßt erkennen, daß eine Tren-  
nung des gesammten Unterrichts nach Confeffionen  
nicht hat sollen vorgeschrieben werden. Ein ver-  
fassungsmäßiges oder gesetzliches Anrecht auf be-  
sondere katholische Volksschulen ist hiernach nicht  
anzuerkennen. In der Hauptfrage, nämlich der-  
jenigen wegen Ertheilung des religiösen Unterrichts  
in der Volksschule, steht der Bericht auf dem be-  
kannten Standpunkte der Regierung, welcher noch  
in voriger Woche im Abgeordnetenhaufe ausführ-  
lich dargelegt worden ist. Hervorzuheben ist so-  
dann noch folgende Stelle: „Der eventuelle An-  
trag der Petenten, ihnen nunmehr die in den Art.  
20 und 22 der Verfassung bereits grundgelegte  
(sic) volle Unterrichtsfreiheit zu gewähren“ — ent-  
spricht nicht, sondern widerspricht den Vorschriften  
der Verfassungsurkunde. Unter der beantragten  
vollen Unterrichtsfreiheit kann nach dem ganzen  
Inhalt der Petitionen nur die Freiheit verstanden  
werden, öffentliche Volksschulen ohne Mitwirkung  
und Controle der Staatsbehörden zu errichten und  
Privatschulen der Aufsicht des Staates zu entziehen.  
Das würde den Art. 23 und 24 der Verfassungsur-  
kunde und allen bestehenden Gesetzen über das  
Schulwesen widersprechen und auch als Grundlage  
für eine künftige Gesetzgebung nicht zu empfeh-  
len sein.

— Unter berühmter Landsmann Dr. Nachtigal  
ist für seine Verdienste um die Erforschung Afri-  
ka's, besonders des östlichen Sudans (Wadai, Darfur etc.)  
von der geographischen Gesellschaft in Paris  
mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnet  
worden, der höchsten Anerkennung, welche diese be-  
rühmte Gesellschaft verleihen kann. Dr. Nachtigal  
hat zugleich die Einladung erhalten, diese hohe  
Auszeichnung in der Aprilsitzung der Pariser Ge-  
sellschaft persönlich in Empfang zu nehmen und  
wird dieser Einladung Folge leisten.

— Der Geheime Medicinalrath Professor Dr.  
Traube ist wiederum sehr leidend und aller Wahr-  
scheinlichkeit nach nicht im Stande, im bevorstehenden  
Sommerhalbjahr seinem Lehramte vorzustehen. Mit  
der Zeit wird, da Schonung ihm geboten ist, auf die  
Gewinnung einer anderen Kraft für die Leitung  
des klinischen Unterrichts Bedacht zu nehmen sein.

**Schweiz.**  
Bern, 20. März. Der Nationalrath behan-  
delte gestern das Gesuch der Israeliten des Cantons  
Aargau um Einbürgerung in die betreffenden  
Bürger-Gemeindenverbände und um volle Gleich-  
stellung mit den andern Cantons- und Schweizer-  
Bürgern. Mit dem Ständerath, der diese Actande  
bereits erledigt hat, fand der Nationalrath das  
Gesuch, angesichts der Bestimmungen der Bundes-  
verfassung, der Aargauer Cantonsverfassung, sowie  
des Bundesgesetzes über die Heimathlosigkeit, be-  
gründet und beauftragte den Bundesrath, bei der  
Regierung des Cantons Aargau auf endliche Er-  
ledigung der Angelegenheit der Aargauer Israeliten,  
betreffend die Einbürgerung und die volle bürger-  
liche Gleichstellung mit den übrigen Cantons- und  
Schweizer-Bürgern, zu dringen, und derselben hiefür  
einen angemessenen Termin zu setzen. Nachdem diese  
Actande erledigt, nahm der Nationalrath die  
Beratung des Fortgesetztes wieder auf. — Die  
auf vorgestern Abend im hiesigen Intelligenzblatt  
angekündigte Manifestation zur Feier des Jahres-  
tages der Pariser Commune hat nicht nur, wie  
erwartet, wenig Theilnehmer gefunden, sondern ist  
fogar auf handgreifliche Opposition seitens der  
Bernser Bevölkerung gestoßen. Als die Herren  
Communarden, an 30 Mann stark, von ihrem  
Sammelpfad, der Münsterplatz, mit einer  
rothen Fahne und Jackeln ihren Marsch durch die  
Stadt nach dem Festlocal antreten wollten, wurde  
der Festzug von der versammelten Volksmenge  
plötzlich unter Rufen und Pfeifen nach rechts und  
links auseinander gesprengt. Fahne und Jackeln  
ihren Trägern entzogen, erstere zu Boden getreten  
und in Fesseln zerissen und mehrere Theilnehmer  
in den Stadtbach geworfen.

ausbleiben, daß die Bischöfe wenigstens den Ver-  
such machten, ihre protestantischen Unterthanen in  
den Schoß der Kirche zurückzuführen. Daß die  
Kekerei durch sie weitere Ausbreitung gewinnen  
würde, hatten sie nicht zu befürchten, da sie abge-  
schlossen für sich lebten, von ihren Nachbarn un-  
verstanden, verachtet, gehäßt; dennoch konnten die  
Bischöfe, namentlich wenn ein junger Heißsporn  
voll Glaubenseifer den Stuhl bestieg, es nicht  
verwinden, daß diese Fremden jedem Versuche  
einer Befehrung spotteten. Immer schärfer  
werden die Erlasse, immer unduldsamer; fast  
gewaltfam nöthigte man sie zum Besuche der  
katholischen Kirche: alle Maßregeln aber finden  
ihren Gipfelpunkt in der im Jahre 1700 erlassenen  
fog. Botodischen Ordination, aus welcher hier  
einige Stellen herangezogen werden sollen: „Zwar,  
heißt es hierin, mußten diese Besitzer bischöflicher  
Güter eigentlich außer Landes gewiesen und aus-  
gerottet werden, da sie in ihrem Glauben und  
Gottesdienste von dem wahren katholi-  
schen Glauben abwichen, weil sich aber  
keine andern Leute finden, welche nach  
der Erfahrung Unserer Erlauchten Vorfahren  
diese bischöflichen Güter mit größerem Erfolge zu  
bebauern im Stande sind, so hat es Uns besser ge-  
dünkt, derartige Leute lieber in dem Besitze be-  
fugter Güter zu erhalten. Da aber diese Holländer  
(dies war die gemeinsame Bezeichnung für alle  
Einwanderer) abweichenden Religionsbekenntnisses  
sind und nicht alle Hoffnung fehlt, daß auch diese  
Leute allmählich zu besserer Einsicht gelangen  
werden und aus der Erfahrung vergangener Jahr-  
hunderte es sich erwiesen hat, daß sie nicht auch  
Andere durch dieses anstößende Aergerniß verborben  
haben, so bestimmen Wir“. Die wesentlichsten Be-  
stimmungen waren: Nur die katholische und Augs-  
burgische Confession sollten geduldet sein; protestantische  
Prediger dürften weder lehren

**Frankreich.**  
×× Paris, 22. März. Die Amnestie-  
anträge sind gestern in beiden Kammern gestellt  
worden, und es ist dabei zu einem ersten Schar-  
mügel zwischen dem Ministerium und der äußersten  
Linken gekommen. Der Ausgang war friedlicher,  
als die Gegner der Republik einen Augenblick ge-  
hofft hatten. Zu längeren Debatten gab für dies-  
mal die Amnestiefrage nur in der Deputirtenkammer  
Anlaß. Dort begann die Verhandlung mit der  
Fortsetzung der Wahlprüfungen. Tags vorher  
war die Wahl des Bonapartisten d'Almeida von  
den Linken und besonders von Floquet bean-  
standet worden; jetzt ergriff Floquet von Neuem das  
Wort, um darzuthun, daß man sich unmöglich länger  
mit einem platonischen Tadel der so vielfach vorge-  
kommenen offiziellen Wahlmanöver begnügen dürfe.  
Der Präsident der Haute-Garonne habe für d'Almeida  
agitiert; eine gründliche Untersuchung sei  
nötig geworden. Die Linke rief Beifall und die  
Untersuchung wurde mit großer Mehrheit verfügt.  
Sodann stieg der alte Raspail auf die Tribüne  
und verlas inmitten großer Stille den Text des  
Amnestievorschlages, der von den Pariser Deputirten  
ausgegangen. Danach soll die Begnadigung sich  
auf alle diejenigen erstrecken, welche wegen Theil-  
nahme an den Ereignissen der Commune verurtheilt  
worden, des Weiteren auf Alle, welche seit der  
letzten Amnestie (von 1870) für politische oder  
Pressevergehen bestraft sind. Zur Rechten erhob sich  
Léon. Paul de Cassagnac rief: „Das Pantheon für  
die Mörder!“ worauf Georges Perin unter stürmi-  
chem Beifall der Linken replicierte: „Wenn man  
der Partei des 2. Dezember angehört, so sollte  
man für die Mörder Nachsicht haben!“ Nach Ras-  
pail verlas Marquis einen anderen Antrag, welcher  
die Amnestie bloß auf die politischen und Presse-  
vergehen beschränkt, und Rouvier legte einen  
dritten Vorschlag nieder, welcher in die ebenge-  
nannte Kategorie der zu Amnestirenden noch  
alle die Personen einschließt, die während der Be-  
lagerung und der Commune sich durch ungesetzliche  
Verhaftungen oder Sequestrierungen strafbar ge-  
macht haben. Diesen Rouvierschen Antrag schien  
die Linke günstig aufzunehmen; aber der Minister  
des Innern, Ricard, erklärte mit einer unklugen  
Hestigkeit und Geizigkeit, daß die Regierung alle  
Amnestieforderungen, von welcher Seite sie auch  
kommen mögen, ob sie eine allgemeine oder par-  
tielle Begnadigung verlangen, mit Entschiedenheit  
zurückweise. Die Linke war ein wenig ver-  
zückt nicht sowohl durch diese Erklärung selber, als viel-  
mehr durch den Ton, in welchem sie vorgebracht  
worden, während die Bonapartisten und die Rechte  
lebhafte Applaudirten. Unser Entschluß, fuhr der  
Minister fort, wird uns eingegeben durch den  
festen Willen, die Urtheile der Justiz zu achten und  
die Ruhe des Landes nicht zu stören. Es  
hiesse das Land entehren, wenn man die Verbrecher  
der Commune als die Opfer unserer Bürgerkriege  
ansehen wollte. (Neuer Beifall rechts.) Zum  
Schluß verlangt der Minister die Dringlichkeits-  
erklärung, damit man ohne Zeitverlust mit  
allen diesen Vorschlägen ein Ende mache.  
Raspail appelliert an die christliche Gesinnung der  
Kammer; man möge nicht eine Politik des Hasses  
treiben. Brisson wundert sich darüber, daß der  
Minister den Dringlichkeitsantrag stelle, der von  
den Urhebern des Amnestievorschlages nicht gestellt  
worden. Die Linke könne wohl einwilligen, diesen  
wichtigen Gegenstand so ab irato zu behandeln.  
Sie weise also die Dringlichkeit zurück. — Mittler-  
weile mochte Ricard erkannt haben, daß er einen  
Fehler begangen. Er befürwortete aufs Neue die  
Dringlichkeit, aber diesmal in ruhigen und über-  
legten Worten, erklärte, daß die Regierung sich  
nicht vom Haffe, sondern von einer politischen  
Nothwendigkeit leiten lasse, und fügte hinzu, der  
Marshall-Präsident werde von seinem verfassungs-  
mäßigen Gnadenrecht Gebrauch machen, so weit sich  
seine Pflichten gegen das Land mit seiner Mensch-  
lichkeitspflicht vereinigen lassen. Diese Worte  
wurden auch von der gemäßigten Linken mit Beifall  
aufgenommen. Die äußerste Linke selbst erklärte  
durch Floquet, unter diesen Umständen die Dring-  
lichkeits-Erklärung votiren zu wollen, zugleich aber  
suchte sie den Minister, der sich gegen jede Amnestie,  
ob allgemeine oder theilweise, aussprach, mit seiner  
eigenen Partei, dem linken Centrum, in Wider-  
spruch zu bringen. Zu diesem Ende meldete Allain-  
Targé, daß er einen Amnestievorschlag wieder auf-  
nehme, der in der früheren National-Verammlung,  
vor einem Jahre, von Bethmont, Labarlaye,  
Pressens u. f. w., also vom linken Centrum aus-

noch das Abendmahl austheilen; nur die  
Dorfschullehrer sollten der versammelten Ge-  
meinde einige erbauende Betrachtungen vorlesen;  
Die Trauungen mußten in der katholischen Kirche  
zu Altkausen erfolgen, desgleichen die Taufen; die  
Beerdigung sollte ohne Ceremonie auf einem ihnen  
zugewiesenen Plaze geschehen; Stolzgebühren mußten  
in allen Fällen entrichtet werden; Kinder,  
welche vor ihrer Einsegnung starben, sollten auf  
dem katholischen Kirchhofe beerdigt werden; die  
katholischen Feiertage sollten von den Bauern ein-  
gehalten und das katholische Gefinde zum Besuche  
des Gottesdienstes angehalten werden und vieles  
Anderes mehr.

Nicht Alles, was heute für hart und unerträglich  
gilt, wurde auch damals dafür angesehen. Es  
bedarf übrigens nur eines Hinweises auf das  
Thorner Trauerpiel, um zu zeigen, daß die welt-  
liche Behörde oftmals ungleich härter und grau-  
samer verfuhr, als die geistlichen Nachfolger.  
Ueberdies wurde auch diese Ordination nur selten  
etwas straffer angeordnet, sondern meistens recht lax  
gehandhabt, und es ist erwiesen, daß die Altkau-  
senener Niederung demungeachtet alljährlich von  
protestantischen Predigern aus Thorn durchzogen  
wurde, welche das Abendmahl unter beiderlei Ge-  
stalt austheilten. Dazu kommt, daß wir unter den  
vollen Bewunderung erregen wegen der hohen Ideen  
und der tiefen Humanität, die aus allen ihren  
Handlungen spricht. Es sei nur erwähnt: Tiden-  
mann Giese, der nachmalige ermländische Bischof  
und Nachfolger von Hofius, welcher beispielsweise  
mit aller Energie gegen den Aberglauben ankämpfte;  
der Bischof Malachowski, welcher ebenfalls leider  
zu früh zu einer höheren Prälaten berufen  
ward, um sein hohes Culturvermögen vollenden  
zu können. Jenes alte deutsche Sprichwort:  
„Unter'm Krummstab ist gut wohnen“ hat sich

gegangen war und der eine theilweise Amnestie zum  
Zweck hat. Auf Allain-Targés Forderung wurde  
diesem, wie den drei anderen Anträgen die Dring-  
lichkeit gewährt. Die Amnestiedebatte verspricht  
also interessant zu werden. Daß der Antrag Raspail  
u. Gen. nicht entfernt auf Erfolg Aussicht hat, ist  
klar, aber es fragt sich, wie die gemäßigten Linke  
und das linke Centrum sich zum Ministerium stellen  
werden. — Im Senat ist, wie gesagt, die Ver-  
handlung weit ruhiger verlaufen, und die Zuhörer  
in den Tribünen, welche sich massenhaft in Erwar-  
tung einer Rede B. Hugo's herbeigedrängt hatten,  
sind um ihre Hoffnung betrogen worden. B. Hugo  
legte den nämlichen Antrag, den Raspail in der  
Kammer einbrachte, auf den Tisch des Senats nieder.  
Dufaure, der keineswegs in den von Ricard be-  
gangenen Fehler verfiel, verlangte in sehr einfachen  
und würdigen Worten die Dringlichkeit. Der Prä-  
sident der Republik, sagte er, beabsichtige nach  
Möglichkeit von seinem Gnadenrecht Gebrauch zu  
machen, aber die Regierung könne nicht eine Amnestie  
für diejenigen Männer gutheißen, die noch jetzt ge-  
schäftig sind, von jenseits der Grenze das Land zu  
beunruhigen. Aber in Aller Interesse liegt es,  
diese Frage schnell zum Ausweg zu bringen. (Leb-  
hafter Beifall.) B. Hugo erwidert, daß er den  
Dringlichkeitsantrag gutheiße und dieser wurde  
dann auch einstimmig angenommen, womit die An-  
gelegenheit erledigt war. Den größten Theil der  
Senatssitzung füllte die von Barieu angeregte De-  
batte über die Gold- und Silberwährung. Es  
ward bereits gemeldet, daß der Finanzminister  
dieser Debatte zuvorkam, indem er bei der Ver-  
sammlung die Erlaubniß nachsuchte, die Prägung der  
Silbermünzen eventuell zum Einhalt zu bringen.  
Barieu gab sich damit nicht zufrieden und hielt  
eine lange Rede, worin er mit den zum Deffieren  
von den Fachmännern dargelegten Argumenten die  
Einführung der reinen Goldwährung empfahl.  
Léon Say dagegen und der Bankgouverneur  
Rouland setzten auseinander, daß die Gefahr  
der Silberentwerthung nicht so groß sei, wie man  
behauptet, und daß die Doppelwährung zu große  
Vorteile in sich schließe, um leichtfertig aufgegeben  
werden zu dürfen. Die Münzkrisis sei beson-  
ders für England gefährlich, und diesem Lande  
vor allem müsse man die Lösung der jetzigen  
Streitfrage überlassen. Der Senat gab durch  
seine Haltung zu erkennen, daß er der Auffassung  
des Finanzministers bestimme.

**Italien.**  
Rom, 20. März. Der Cardinal Hohen-  
lohe soll seinen Collegen, den Cardinal Ledochowski  
in einer Unterredung aufgefordert haben,  
in Gemeinschaft mit ihm den Versuch zu machen,  
die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche zwischen  
dem Vatican und der deutschen Regierung obwalten.  
Der Cardinal Ledochowski hat sich vorbehalten, erst  
die Meinung des Papstes zu ergründen. Der  
Cardinal ist übrigens fortwährend Gegenstand von  
Ovationen, welche ihm die Alerikalen bereiten.

**England.**  
London, 22. März. Die Untersuchung gegen  
den Capitän des Dampfers „Franconia“  
wegen Tödtung wird in der nächsten Sitzung des  
Central-Criminal-Gerichts, die am 3. April beginnt,  
geführt werden. Der Attorney-General und ein  
anderer Anwalt des Schatzamtes übernehmen die  
Anklage, Sergeant Barry und die Anwälte Cohen  
und Montagu Williams die Vertheidigung.

**Amerika.**  
Washington, 20. März. Richard H. Dana  
hat aus Boston an den Senator Boutwell einen  
Brief gerichtet, in welchem er den Senatsauschuss  
für auswärtige Angelegenheiten eines parteiischen  
Vorgehens beschuldigt. Das Zeugniß persönlicher  
Feinde wie Lawrence und Butler sei der ungünstigen  
Entscheidung zu Grunde gelegt worden. Dana  
schätzt die vom Präsidenten ihm angebotene Er-  
nennung zum Gesandten von London sehr hoch;  
aber dies Geschenk der Regierung könne ihn nicht  
bestimmen, nach Washington zu kommen, um einem  
Ausschusse, der sich solches Verfahren erlaubt habe,  
Fragen zu unterbreiten, welche seine persönliche  
Ehre beträfen. Der Präsident Grant will die  
Ernennung nicht zurücknehmen; er verlangt, daß  
der Senat sie bestätige oder verwerfe. 200 Mit-  
glieder der Legislatur und der Bar von Massachusetts  
haben eine Adresse an den Senat gerichtet, um ihn  
zu bewegen, daß er die Anstellung Dana's bestätige.

**Provinzielles.**  
-s- Zoppot, 24. März. Vor ca. einem Monat  
hatte ein Zoppoter Bürger die dortigen Verhältnisse

nirgend besser bewahrt als hier; denn  
modernen Unglücksfälle kommen, welche da wollten,  
stets konnten sich die Bauern vertrauensvoll an  
ihren Bischof wenden und waren sicher, daß er  
ihnen Noth und Steuern auf längere oder kürzere  
Zeit erließe. Wo anders hätte das ganze Dorf so  
schnell wieder aufgebaut werden können, als es  
i. J. 1706 von befreundeten Truppen niederge-  
brannt wurde, nur damit sich nicht eine Handvoll  
Menschen darin festsetzen könnten.

Das ehemalige Ritterschloß aber wurde im  
Laufe der Jahre baufällig und endlich i. J. 1777  
abgebrochen. Nur ein kleiner Schutthaufen und  
verzeittes Geröll erinnert noch heute daran, daß  
hier einst die Germanisirung unserer Provinz ihren  
Ausgang genommen.

**\* Heinrich Hofmann's „Christi Predigt  
am See.“**

Heinrich Hofmann ist einer der wenigen  
modernen Maler, welche es verstehen, Stoffe der  
religiösen Malerei würdig und zugleich der An-  
schauungsweise unserer Zeit entsprechend darzu-  
stellen. Tief innige Empfindung und eine wahr-  
haft ideale Auffassung seines Gegenstandes ver-  
bindet sich bei dem Künstler mit einer bewundern-  
werthen Meisterschaft der Composition, in der  
Gruppierung wie in der harmonischen Farbenstim-  
mung des Ganzen, und mit einer bestimmten und  
mannigfaltigen Charakterisirung. Sein „Christus  
und die Ehebrecherin“ ist eine der Zierden der  
Altheilung für neue Malerei, welche sich seit  
einigen Jahren an die Dresdener Gallerie im  
nordöstlichen Flügel des Zwingers anschließt. Ein  
anderes Bild desselben Künstlers „Christi Predigt  
am See“ wird demnächst durch Vervielfältigung  
dem größeren Publikum zugänglich gemacht werden.  
Jesus, in dem das Land berührenden Rahne stehend,  
spricht zu dem Volk, das sich, mannigfaltig gruppiert,

sehr tren und wahr beleuchtet in dieser Zeitung. Nur  
die Deffentlichkeit kann solchen Verhältnissen Schranken  
setzen. Es ist nicht allein dem allgemeinen Wohl ent-  
gegen, daß der Amtsvorsteher zugleich Vorsteher im  
Badeamt ist, sondern auch noch, daß er zugleich Ge-  
meindevorsteher, folglich bei der Steuer-Einschätzungs-  
Commission, und erster Schulvorsteher ist. Es ist her-  
vorzuheben, daß die Straßen in solchem Zustande sind,  
besonders bei regigem Wetter, daß die Schulkinder  
fürmlich steben bleiben, zum größten Theile nur mit nassen  
Füßen in die Schule kommen können, was ihrer Ge-  
sundheit schädlich sein muß. Auch ist zu bemerken,  
daß die Schulverhältnisse hier ebenso wenig glänzende  
sind wie in vielen andern Orten. Die Lehrer erhalten  
ein so niedriges Gehalt, daß sie ihre noth-  
wendigen Ansprüche an das Leben gar nicht  
decken können bei den hiesigen hohen Lebensmittelpreisen.  
Die Schule wird von 500 Kindern besucht, dieselben  
sind in 5-6 Klassen eingetheilt, können aber nicht regel-  
mäßig die gesetzlichen Lehrstunden wahrnehmen, weil  
nur 5 Lehrer angestellt sind, und die Lehrzimmer nicht  
alle Kinder fassen können, indem die Schule beim  
Neubau vor zwei Jahren zu klein gebaut wurde. Dem  
Uebelstande soll durch Anbau der Schule abgeholfen  
werden. Es wäre aber sicher zweckmäßiger, eine zweite  
Schule zu bauen, 1) weil Zoppot immer mehr an Aus-  
dehnung gewinnt und 2) weil dann die Kinder mehr  
vertheilt wären und dadurch bessere Ordnung auf den  
Spielplätzen zu halten wäre. Gegenwärtig ist dieselbe  
sehr mangelhaft. Von einer Turnanstalt ist noch keine  
Spur. Ferner: Die Wahlen zur Gemeindevertretung  
werden hier nicht so wie es das Reglement der Kreis-  
ordnung vorschreibt, abgehalten. Die Feuerlöschgeräth-  
schaften sind vollständig in unbrauchbarem Zu-  
stande; der Wasserleitungs-Commission beliebt es nicht,  
die Bewohner von Zoppot bei Abfließung und Repara-  
tur der Wasserleitung einige Stunden vorher davon  
in Kenntniß zu setzen. Die Herren glauben vielleicht,  
daß wenn die Lehrer mit Familien und Schülern drei  
Monate sich ohne fließende Wasserleitung behelfen  
müssen, dann könnten sich andere Familien auch wohl  
24 Stunden ohne dasselbe behelfen.

**Zuschriften an die Redaction.**

Hof Rosenberga, 24. März. Nachdem, wie  
auch durch die Presse bekannt geworden, am 11.  
d. Mts. eine Versammlung in Danzig in Angele-  
genheiten der Theilung der Provinz Preußen  
stattgefunden hat, an welcher sich außer vielen  
andern Personen auch die Abgeordneten sämt-  
licher landwirthschaftlicher Vereine Westpreußens  
betheiligt und dort einstimmig für die Theilung  
ausgesprochen haben, wird es wohl nicht unbe-  
gründet erscheinen, wenn ich als Angehöriger und  
Kreisratsmitglied des Kreises Rosenberga die  
Motive kurz zusammenzustellen mir erlaube, welche  
mich dazu bewegen haben, in der genannten Ver-  
sammlung gleichfalls für die Theilung zu stimmen,  
während ich mich vor circa 1 Jahr dem einstimmigen  
Kreisratsbeschlusse hieselbst gegen die Theilung  
angeschlossen hatte. Ich lasse dahingestellt, wie  
weit diese meine Erklärung die Ansichten anderer  
hiesiger Kreisratsmitglieder etc. ausdrückt, nehme  
aber zu derselben noch als fernere Veranlassung,  
daß ich mich bei Gelegenheit der früheren Behand-  
lung der Theilungsfrage vor Erlass der neuen  
Provinzial-Ordnung im Winter 1874-1875 in der  
„Ostpreussischen Zeitung“ mit Berücksichtigung der  
wenig oder gar nicht bis dahin hervorgehobenen  
Wichtigkeit von Erhaltung historisch verwachsener  
Landestheile für den Beibehalt eines möglich  
großen Theiles der Provinz Preußen ausgesprochen  
und eine Abnahme des westlichen Theiles  
nur für den Fall concedirt hatte, daß sich  
die Provinz mit diesem ihrem entlegentsten  
Theile als in der That zu groß für eine erfolg-  
reiche Selbstverwaltung auf Grund der neuen  
Gesetzgebung erweisen sollte. Wenn wir, dieses  
vorausgeschickt, die Theilungsfrage, wie sie sich  
einerseits bei ihrem ersten Auftreten 1874/75 und  
andrerseits jetzt nach Inkrafttreten der neuen  
Provinzial-Ordnung und nach den Verhandlungen  
des ersten neuen Provinzial-Landtages dargestellt  
hat resp. darstellt, objectiv betrachten, so wird man  
wohl zunächst hervorzuheben haben, daß die ver-  
schiedenen Bestandtheile Westpreußens in sehr ver-  
schiedenen Beziehungen und in einem mehr oder  
weniger starken Zusammenhange mit Ostpreußen,  
ich möchte sagen mit der Provinz Preußen über-  
haupt stehen, wie diese sich nämlich als Provinz  
des preussischen Staats charakterisirt und ge-  
schichtlich als solche eine Rolle gespielt hat.

Berücksichtigen wir hiernach speciell den Rosen-  
berger Kreis, so hat derselbe bekanntlich nie unter  
polnischer Herrschaft gestanden, sondern stets zu  
Ostpreußen gehört, bis daß auch Westpreußen  
wiederum durch König Friedrich II. dem preussischen  
Staate einverleibt wurde. Erst 1781 wurde er der

am Ufer versammelt hat. Hier bietet uns der  
Künstler eine Fülle schöner und charakteristischer  
Köpfe. Die Gruppierung ist wie selbstverständlich  
und doch mit außerordentlicher Anmuth arrangirt.  
Im Vordergrund eine reizende Gruppe im Wasser  
spielender Kinder; im Rahne vor Jesus und ge-  
spannt seinen Worten lauschend zwei prächtige Ge-  
stalten, Johannes und Petrus. Mit großer Kunst  
ist das Landschaftliche zart und düftig und in  
vollem Einklang zu der dargestellten Handlung ge-  
geben. Bedenklich hebt sich die Idealgestalt Jesu  
von dem lichten Hintergrunde ab. Der bekannte  
Künstler Moriz Carriere sagt über dieses  
Werk: „Als Jesus am See Genesareth das Evan-  
gelium der Friedens- und Freudenbotschaft ver-  
kündete, da wird berichtet, daß er einmal von  
einem Schiff aus zu dem versammelten Volke ge-  
sprochen. Heinrich Hofmann hat dies herrliche  
Motiv genommen, um das Schöne, Herzerquickende  
seines Auftretens, wie des Eindrucks seiner Worte  
zu veranschaulichen, die ja von den Sitten des  
Jesdes und den Vögeln unter den Himmel, vom  
Weinstock und den Reben die Bilder nehmen, um  
das sittlich religiöse dem schlichten Gemüth klar zu  
machen. Wir sehen ein gemaltes Idyll, aber edel  
stylisirt, das Alter wie die Jugend, Männer und  
Frauen lauschen mit mannichfaltigem Ausdruck der  
Rede, durch die der Licht umflossene Heiland sie  
für das Gottesreich der Liebe beruft. Das rein  
Menschliche jener wunderbaren Sage der ersten  
Gründung des Christenthums hat der Maler sinn-  
voll und anmüthig ausgeprägt, indem er zugleich  
die ideale Höhe Jesu zur Erscheinung bringt.“

Eine trefflich gelungene photographirte Repro-  
duction dieses Bildes erscheint demnächst im  
Facsimile-Format in der rühmlichst bekannten  
Kunst-Anstalt von Franz Hanfstängel in  
München. Der Preis dieser Ausgabe ist 36 Mk.







Weitere Gaben nimmt entgegen die Exp.  
dieser Stg.

---

Verantwortlicher Redacteur: S. Rödner.  
Druck und Verlag von A. W. Rasemann  
Danzig.